

Nr. 4



Information

Simone Kaminski / Dieter Frey /
Eva Traut-Mattausch / Tobias Greitemeyer

DIE

EINSTELLUNG

ZUR SOZIALEN

MARKTWTIRTSCHAFT

ROMAN HERZOG **INSTITUT**

Simone Kaminski / Dieter Frey /
Eva Traut-Mattausch / Tobias Greitemeyer

Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft

Kapitel	Inhalt	Seite
1	Was halten die Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft?	2
2	Der aktuelle Stand der Forschung	5
3	Auf dem Prüfstand: Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft	8
4	Wie sich die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft verbessern lässt	21
5	Fazit	24
	Literatur	25
	Die Autoren	28

1 Was halten die Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft?

Wie finden Sie das deutsche Wirtschaftssystem, die Soziale Marktwirtschaft – gut oder schlecht? Glaubte man Umfragen, so geben immer mehr Bundesbürger auf diese Frage eine abschlägige Antwort. Die Soziale Marktwirtschaft habe sich nicht bewährt: Das sagten im Oktober des Jahres 2005 rund 34 Prozent der repräsentativ Befragten (Institut für praxisorientierte Sozialforschung im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken, 2005a). Ein Drittel der Bevölkerung lehnt das Wirtschaftssystem, so wie es sich derzeit darstellt, also ab. Das sind beinahe doppelt so viele wie vier Jahre zuvor.

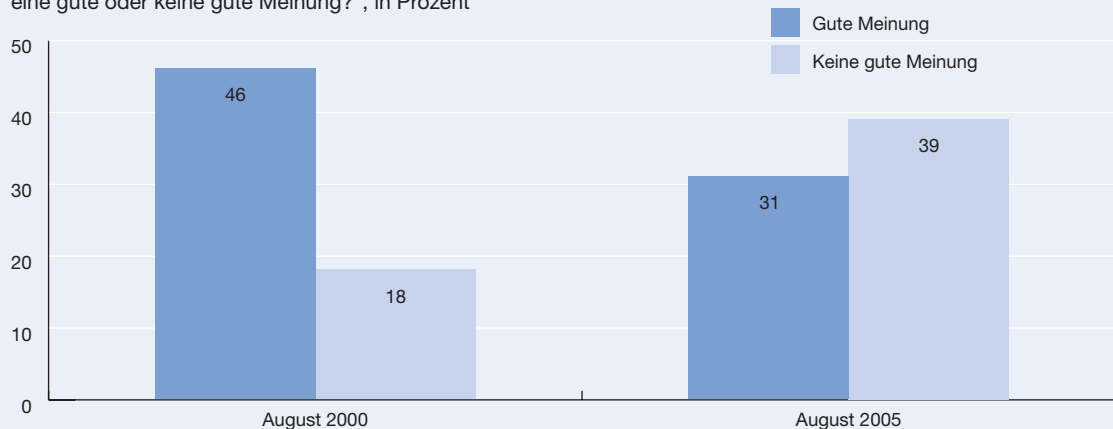
Die Zustimmung zum bestehenden Wirtschaftssystem sank gleichzeitig von 76 Prozent auf 59 Prozent. Dieses Ergebnis ist keine Momentaufnahme, sondern liegt im Trend. Ein ähnliches – sogar noch drastischeres – Bild zeichnet eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (Baethge et al., 2005). Demnach stieg der Anteil der Bürger, die in der Sozialen Marktwirtschaft leben, sie aber gleichzeitig ablehnen, binnen fünf Jahren von 18 auf 39 Prozent, während die Zahl der Befürworter von 46 auf 31 Prozent sank (Abbildung 1).

Es liegt auf der Hand zu fragen, warum ein großer Teil der Bevölkerung gegen das Wirtschaftssystem eingenommen ist. Was ist in den letzten Jahren geschehen, dass sich die Erben und Nutznießer Ludwig Erhards von dessen Wirtschaftsmodell abwenden? Als mögliche

Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in Umfragen

Abbildung 1

Antworten auf die Frage: „Haben Sie vom deutschen Wirtschaftssystem eine gute oder keine gute Meinung?“, in Prozent



Repräsentative Meinungsumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Quelle: Baethge et al., 2005

Ursache für die veränderte Einstellung der Bürger gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft wird in der gesellschaftlichen Diskussion vieles ins Spiel gebracht. Wirtschaftliche Entwicklungen – zum Beispiel der Arbeitslosenquote, der Aktienkurse oder der Anzahl der Insolvenzen – sollen einen Einfluss auf die Meinungen haben. Auch politische Ereignisse – so die Einführung des Arbeitslosengeldes II oder die vorzeitige Auflösung des Bundestags im Frühsommer 2005 – werden als Begründung angeführt.

Aber auch persönliche Erlebnisse der Bürger wie die eigene Arbeitslosigkeit oder die eigene wirtschaftliche Lage stehen im Verdacht, die Einstellung der Bürger negativ zu beeinflussen (Baethge et al., 2005; Bundesverband deutscher Banken, 2005a; 2005b). Ob die sinkende Zufriedenheit der Deutschen mit der Bundespolitik den Ausschlag gibt (Bundesverband deutscher Banken, 2005a) oder ob Josef Ackermann und das vermeintliche Fehlverhalten anderer Manager (Rudel, 2006) dafür verantwortlich sind, dass die Deutschen ihr Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft verlieren – die Palette der Erklärungsversuche ist bunt und breit gefächert.

Um der öffentlichen Meinung auf den Grund zu gehen, eignen sich Umfragen und andere sozialwissenschaftliche Instrumente. Während die Umfrage- und Meinungsforschung versucht, die öffentliche Meinung abzubilden und zu beschreiben, deckt die psychologische Forschung – meist auf den Ergebnissen der Meinungsforschung aufbauend – Einflussfaktoren von Einstellungen und Meinungen auf und zeigt kausale Zusammenhänge zwischen diesen Einflussfaktoren und der Einstellung auf. Gerade

die Suche nach kausalen Zusammenhängen – also nach den Ursachen bestimmter Einstellungen oder deren Änderung – kann nur mithilfe experimenteller Methoden zu Ergebnissen führen. Daher sind sozialwissenschaftliche Studien gefragt.

Umso erstaunlicher ist es, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung die Einstellung der deutschen Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft bislang kaum Beachtung gefunden hat. Auch im internationalen Rahmen sind Studien wie die folgenden eher selten. Dabei sollten gerade die Umfrageergebnisse, die seit einigen Jahren in Deutschland auf eine sinkende Zustimmung hindeuten, das Forschungsinteresse anregen – ebenso wie das Wissen motivieren sollte, dass mangelnde Akzeptanz einem Wirtschaftssystem durchaus gefährlich werden kann. Deshalb ist eine verstärkte Untersuchung der Einstellung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft und der möglichen Einflussfaktoren dringend notwendig.

Die folgenden Untersuchungen wollen daher einen Beitrag leisten, ein zuverlässiges Bild über die Einstellung zum Wirtschaftssystem zu gewinnen und die Faktoren zu finden, welche diese Einstellung beeinflussen. In Kapitel 2 werden zunächst bisherige Forschungsarbeiten und deren Ergebnisse vorgestellt. Dabei wird auch deutlich, welche Aspekte diese Untersuchungen erforscht haben und welche nicht. Im Rahmen des Forschungsprojekts haben die Autoren dieses Beitrags mehrere – methodisch verschiedene – Untersuchungen durchgeführt. Zentraler Ansatz dieses Forschungsvorhabens ist dabei, Einsichten der Psychologie nutzbar zu machen. In Kapitel 3 werden die Ergebnisse einer korrelativen¹ und zweier experimenteller Studien dargestellt, die Zusammenhänge und Einflussfaktoren untersucht haben, sowie ergänzende qualitative Interviews ausgewertet. Diese psychologischen Methoden erlauben es, über die reine Beschreibung der öffentlichen Meinung hinauszugehen, Faktoren, welche die Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem bedingen, aufzudecken und kausale Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren und der Einstellung zu erkennen.

Es zeigt sich, dass tatsächlich ein großer Teil der Befragten der Sozialen Marktwirtschaft skeptisch gegenübersteht. Anlass zur Hoffnung gibt aber das Ergebnis, wonach andere Wirtschaftssysteme – sei es eine vermeintlich wilde freie Marktwirtschaft à la USA oder eine Planwirtschaft wie in Kuba – von den Befragten nicht als wünschenswerte Alternativen bezeichnet werden. Faktoren, die mit der Einstellung zum

Wirtschaftssystem positiv zusammenhängen, sind zum Beispiel das ökonomische Wissen, die Haltung zur Demokratie, die patriotische Gesinnung oder die Wahrnehmung Deutschlands als gerechten Staat.

Obwohl die experimentelle Absicherung der Befunde noch nicht abgeschlossen ist, können erste praktische Empfehlungen abgeleitet werden. Den Ergebnissen zufolge steht mangelndes Wissen über ökonomische Zusammenhänge im Verdacht, eine negative Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft zu verursachen. Dieses Ergebnis legt nahe, die ökonomische Bildung unserer Kinder zu verbessern. Dies kann beispielsweise durch die Einführung des Pflichtfachs „Wirtschaft“ an den Schulen geschehen. Um die wirtschaftliche Handlungskompetenz der Schüler auf spielerische Art zu trainieren, können geeignete Unternehmensplanspiele in den Unterricht eingebaut werden. Die Wahrnehmung von Gerechtigkeit in Deutschland ist eine weitere zentrale Dimension. Gerechtigkeit kann beispielsweise durch eine hohe Transparenz der politischen Entscheidungen und eine faire Verteilung von Ressourcen geschaffen werden.

¹ In sogenannten korrelativen Studien werden statistische Zusammenhänge zwischen Merkmalen untersucht.

2 Der aktuelle Stand der Forschung

Bisherige Forschungsarbeiten zur Einstellung gegenüber Wirtschaftssystemen lassen sich in drei Bereiche einteilen. Der erste Forschungsbereich beschäftigt sich mit der Akzeptanz von Wirtschaftssystemen, während sich die beiden anderen Forschungsbereiche eher auf spezifische, psychologische Aspekte konzentrieren, die sich durch das Leben und Arbeiten in einem Wirtschaftssystem ergeben. So untersucht der zweite Bereich das psychologische Phänomen, dass Menschen dazu neigen, das wirtschaftliche System, in dem sie leben, zu verteidigen. Der dritte Forschungsbereich behandelt psychologische Konsequenzen von politischen und wirtschaftlichen Systemwechseln.

2.1 Die Einstellung gegenüber wirtschaftlichen Systemen

Die Messung der Einstellung der Bevölkerung gegenüber wirtschaftlichen Systemen gehört zu den klassischen Aufgaben der Meinungsforschung. Diese Einstellung steht vor allem seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse der Umfrage-Institute. Zwei große Meinungsforschungsinstitute – das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) und das Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) in Mannheim – führen regelmäßig Repräsentativbefragungen zu diesem Thema durch. Sie zeigen unabhängig voneinander: Die Soziale Marktwirtschaft wird zunehmend infrage

gestellt. Die abnehmende Akzeptanz zeigt sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland. Typischerweise wird diese Einstellung mithilfe einer Frage erfasst. Das IfD fragt: „Haben Sie vom deutschen Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute oder keine gute Meinung?“ (Noelle-Neumann/Köcher, 2002). Das IPOS formuliert die Frage so: „Was meinen Sie zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik, der Sozialen Marktwirtschaft? Hat sie sich bisher bewährt, oder hat sie sich nicht bewährt?“ (Bundesverband deutscher Banken, 2005b). Die Resultate dieser Befragungen zeigen Trendveränderungen an, die als eng verbunden mit gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen gelten. So wird beispielsweise angenommen, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Bundespolitik und ihrem Vertrauen in das deutsche Wirtschaftssystem besteht (Bundesverband deutscher Banken, 2005a). Doch derartige Verbindungen können auch auf mögliche dritte Einflussfaktoren zurückgeführt werden. Wie bereits oben angeführt: Kausale Zusammenhänge können ausschließlich mit kontrollierten Experimenten ermittelt werden.

Die Einstellung zu wirtschaftlichen Systemen findet aber in den Sozialwissenschaften nur wenig Beachtung. Im deutschen Raum gibt es zwar einige Arbeiten zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates (zum Beispiel Ullrich, 2000; Roller, 1999; Mau, 1997). Allerdings beschäftigen sich die Forscher fast ausschließlich mit der sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft, das heißt mit der sozialen Sicherung durch den Staat. Sie lassen die marktwirtschaftliche Kom-

ponente weitgehend außer Acht. Allgemeines Ergebnis dieser Arbeiten: Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten gibt es eine überaus hohe und stabile Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Auch in der internationalen Sozialforschung finden sich nur wenige Arbeiten zur Einstellung gegenüber Wirtschaftssystemen. Frentzel-Zagorska/Zagorski (1993) beispielsweise untersuchten die Meinung der polnischen Bevölkerung zur Privatisierung von Unternehmen und zu staatlichem Interventionismus im wirtschaftlichen System. 60 Prozent der damals Befragten präferierten ein gemischtes System, in dem aber das Privateigentum in der Wirtschaft dominieren sollte.

2.2 Das System existiert, also ist es auch legitim

Menschen sind motiviert, den Status quo oder die bestehende Ordnung zu verteidigen und bestehende soziale, ökonomische und politische Systeme als fair und legitim wahrzunehmen. Dies ist die Hauptannahme der „Theorie der Systemverteidigung“, mit der sich der amerikanische Psychologe John Jost seit Beginn der neunziger Jahre beschäftigt (Jost et al., 2003; 2004). Paradoxerweise bleibt diese Tendenz auch dann erhalten, wenn die Interessen der Individuen mit dem bestehenden System in Konflikt geraten. So können Jost et al. (2003) auch zeigen, dass amerikanische Befragte das Wirtschaftssystem der USA – die freie Marktwirtschaft verbunden mit einer ökonomischen Ungleichheit in der Bevölkerung – als fair und legitim wahrnehmen, obwohl Ergebnisse der

Meinungsforschung eine allgemeine Präferenz der amerikanischen Bevölkerung für egalitäre Ideale nahelegen. Den Beleg für die Tendenz, bestehende Systeme zu verteidigen, liefern experimentelle Studien derselben Autoren. Sie zeigen, dass amerikanische Unternehmen, deren Aktienrenditen nur in geringem Maße von der durchschnittlichen Aktienrendite aller Unternehmen, die im S&P-500-Index gelistet sind, abweichen, als moralischer eingeschätzt werden als Unternehmen, deren Aktienrenditen in starkem Maße vom Durchschnitt abweichen. Anders gesagt: Unternehmen mit – im Vergleich zum Durchschnitt des S&P 500 – kleinen Gewinnen oder Verlusten gelten als moralische Firmen, während Firmen mit großen Gewinnen oder Verlusten in Verdacht geraten. Die Tendenz, den Status quo zu verteidigen, zeigt sich also auch bei der Einschätzung von Unternehmensprofitem und -verlusten. Ob auch die deutsche Bevölkerung dem Phänomen der Systemverteidigung unterliegt, prüfen die Autoren des vorliegenden Beitrags derzeit in einem anderen Forschungsprojekt.

2.3 Das System wechselt – und was passiert?

Relativ gut erforscht sind dagegen die psychologischen Konsequenzen, die ein Wechsel des politischen und wirtschaftlichen Systems auf die Bevölkerung hat. Die meisten dieser Studien beschäftigen sich mit den psychologischen Auswirkungen des Übergangs von Zentralverwaltungswirtschaften zu Marktwirtschaften in Osteuropa (zum Beispiel Polen, Ungarn, Tschechien) und Russland. Zentrale

Themen sind dabei das Wohlbefinden („happiness“) der Bürger (Lelkes, 2006; Morris, 1998), Gewinner und Verlierer der ökonomischen Transformationen (Bronson et al., 2005; Mateju, 1996; Graham/Pettinato, 2002), Veränderungen von Lebens- und Arbeitsbedingungen (Aczel, 2005) sowie ökonomische Veränderungen (Arbeitslosigkeit, Armut und anderes) und deren psychologische Wirkung auf die Betroffenen (Borkowska/Kulpinska, 1998). Auch die Wiedervereinigung Deutschlands, die für die ehemalige DDR einen politischen und ökonomischen Systemwechsel darstellte, steht im Fokus der sozialwissenschaftlichen Forschung – dabei allerdings vor allem die psychologische Auswirkung der politischen Transformation vom Sozialismus zur Demokratie (Völk, 2005; Gabriel, 2000; Fuchs, 1997; Schmidt-Sinns, 1994).

Ein wichtiges Resultat: In Ostdeutschland herrschen mehrheitlich andere normative Demokratievorstellungen als in den alten Bundesländern (Fuchs, 1999). Ostdeutsche favorisieren eher ein sozialistisches Modell der Demokratie, während Westdeutsche ein liberales Modell bevorzugen. Beide Modelle beinhalten den

Wohlfahrtsstaat als Staatskonzeption. Unterschiede ergeben sich aber in der Umsetzung der sozialen Rechte. Während im liberalen Modell, das der Ausprägung der Demokratie im vereinigten Deutschland weitgehend entspricht, soziale Rechte der Bürger politisch realisiert sind, sieht das sozialistische Modell zusätzlich eine konstitutionelle, also gesetzlich verankerte Garantie für die sozialen Rechte und die direkte Partizipation der Bürger vor. Fuchs bezeichnet die letztere Staatskonzeption als paternalistischen „Nanny“-Staat, der vor grundlegenden Lebensrisiken schützt, soziale Ungleichheiten eliminiert und dadurch all den Wünschen und Forderungen seiner Bürger nachkommt. Diese Ost-West-Diskrepanz wird als einer der Gründe dafür angesehen, warum die Demokratie des vereinigten Deutschlands in Ostdeutschland nur auf geringe Akzeptanz stößt. Eine andere Studie nennt als Hauptgrund für die ablehnende Haltung gegenüber dem wirtschaftlichen System der Bundesrepublik die Erfahrung der Arbeitslosigkeit, die schon zwei Drittel der an der Studie beteiligten jungen Erwachsenen gemacht haben. Diese Längsschnittstudie von Berth et al. (2007) begleitet seit 20 Jahren eine identische Gruppe von etwa 400 jungen Ostdeutschen und untersucht nicht nur die Haltung gegenüber der Demokratie, sondern auch die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung.

Alles in allem sind diese Ergebnisse nicht befriedigend. Zum einen gibt es schlicht keine oder zu wenige Studien, die sich mit der Einstellung der Bürger zu ihrem Wirtschaftssystem befassen, zum anderen erlauben die Resultate keine Ursachenforschung. Dieses Dilemma will dieses Forschungsvorhaben lösen.

3 Auf dem Prüfstand: Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft

Ziel dieser Studie ist es, ein Instrument zu entwickeln, mit dem verschiedene Facetten der Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem erfasst werden können, und potenzielle Einflussfaktoren systematisch zu untersuchen. Dazu kommen verschiedene empirisch-psychologische Methoden zum Einsatz: Korrelative Studien, Experimente, Felduntersuchungen und qualitative Interviews. Jede der Methoden hat andere Vor- und Nachteile, zusammen angewendet liefern sie sehr aussagefähige Ergebnisse. Korrelative Studien sind geeignet, die Gültigkeit des Instruments zur Messung der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft zu überprüfen und dem Zusammenhang zwischen Einstellung und Einflussfaktoren nachzugehen. Danach wurde in experimentellen Untersuchungen überprüft, wie sich die Änderung von Faktoren auswirkt, die mit der Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem zusammenhängen. Der Vorteil der Experimente: Im Gegensatz zu rein korrelativen Untersuchungen können mit Experimenten Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zwischen zwei Merkmalen – zum Beispiel „Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft“ und „ökonomisches Wissen“ – eindeutig nachgewiesen werden. Anschließend wird in Felduntersuchungen nachgeprüft, ob sich die Erkenntnisse der experimentellen Untersuchungen auf den gesellschaftlichen Kontext übertragen lassen, also im großen Rahmen Geltung haben. Qualitative Interviews dienen abschließend dazu,

Vorstellungen und Meinungen einzelner Personen zu Aspekten des deutschen Wirtschaftssystems aufzudecken und zu analysieren.

3.1 Wie wird die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft erfasst?

Zur Erfassung der Einstellung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft konstruierten die Autoren ein zuverlässiges Messinstrument, das aus 26 Aussagen (Items) besteht. Das Instrument subsumiert fünf Unterskalen und erfasst damit verschiedene Facetten der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft:

- 1) Identifikation mit der Sozialen Marktwirtschaft und Verhaltensmaße (neun Items, zum Beispiel „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft liegt mir sehr am Herzen.“², „Ich würde an einer Demonstration für den Erhalt der Sozialen Marktwirtschaft teilnehmen.“),
- 2) affektive oder emotionale Bewertung der Sozialen Marktwirtschaft (sieben Items, zum Beispiel „Die Soziale Marktwirtschaft ist mir sympathisch.“),
- 3) Kritik und Nachteile der Sozialen Marktwirtschaft (vier Items, zum Beispiel „Ich empfinde die Soziale Marktwirtschaft als hart und unmenschlich.“),

² Die Items werden auf Antwortskalen mit sechs Stufen (1 = „stimme überhaupt nicht zu“ bis 6 = „stimme voll zu“) beantwortet.

- 4) Einstellung zur sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft (vier Items, zum Beispiel „Die Wirtschaft profitiert von der sozialen Komponente unseres Wirtschaftsystems.“),
- 5) Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft (zwei Items, zum Beispiel „Ich profitiere von den Ergebnissen der Sozialen Marktwirtschaft.“).

3.2 Welche Faktoren beeinflussen die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft?

Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft hängt auch von persönlichen Merkmalen ab. Welche das sind, hat eine korrelative Studie der Autoren untersucht (Kaminski et al., 2007a), für die von April bis August 2006 insgesamt 582 Personen aus Bayern befragt wurden. Eine Besonderheit dieser Stichprobe:³ Sie bestand zu rund 40 Prozent aus Lehrerinnen und Lehrern und damit zu einem großen Teil aus Akademikern.⁴ Das durchschnittliche Alter der befragten Personen lag in diesem Fall bei 35,5 Jahren und

³ Bei wissenschaftlichen Untersuchungen – nicht bei Meinungsumfragen – werden am häufigsten Ad-hoc-Stichproben angewendet. Es werden also Personen untersucht, die zum Zeitpunkt der Befragung zur Verfügung stehen oder leicht zugänglich sind (Bortz/Döring, 2002; Huber, 2005). Aus ökonomischen Gründen muss auf repräsentative Stichproben verzichtet werden.

⁴ Dies ergab sich aus der Möglichkeit, Lehrer und Lehrerinnen des Projekts MODUS21 befragen zu können. MODUS21 („**MOD**ell **U**nternehmen **S**chule im 21. Jahrhundert“) ist ein Kooperationsmodell des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der Stiftung Bildungspakt Bayern, das den beteiligten Schulen größere Gestaltungsmöglichkeiten für eigenverant-

varierte zwischen 16 und 75 Jahren. Frauen stellten rund die Hälfte der Befragten.

Zwischen der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft und den parallel erfassten Persönlichkeitsmerkmalen ergaben sich folgende Zusammenhänge:

- ▶ Geschlecht: Männer sind positiver zur Sozialen Marktwirtschaft eingestellt als Frauen.
- ▶ Alter: Je älter Personen sind, desto positiver ist ihre Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.
- ▶ Staatsangehörigkeit: Deutsche beurteilen die Soziale Marktwirtschaft positiver als Nicht-Deutsche.
- ▶ Konfession: Christen – vor allem Protestanten – haben eine positivere Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft als Nicht-Christen und Konfessionslose.
- ▶ Bildungsabschluss: Je höher der erreichte Bildungsabschluss ist, desto positiver ist die Einstellung der betreffenden Person zur Sozialen Marktwirtschaft.
- ▶ Derzeitige Tätigkeit: Selbstständige, Beamte, Angestellte und Rentner haben eine positivere Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft als Studenten, Arbeiter und Beschäftigungslose.

wortliches Handeln einräumt. 44 bayerische Pilotschulen verschiedener Schularten sind an dem Modellversuch beteiligt.

- ▶ Parteipräferenz: SPD-Anhänger haben die positivste Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft, gefolgt von Grünen-, CDU-, FDP- und PDS-Anhängern.
- ▶ Berufserfahrung: Je mehr Erfahrung im Beruf vorhanden ist, desto positiver ist die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.
- ▶ Brutto-Jahreseinkommen: Je höher das Brutto-Jahreseinkommen ist, desto positiver ist die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.
- ▶ Lesen einer Tageszeitung: Je öfter eine Tageszeitung gelesen wird, desto positiver ist die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft.

Des Weiteren zeigt sich (Abbildung 2): Je positiver die Befragten zur Sozialen Marktwirtschaft eingestellt sind, desto

- ▶ höher ist ihr Interesse für ökonomische Fragestellungen,
- ▶ mehr wissen sie über ökonomische Zusammenhänge und verschiedene Formen von Wirtschaftsordnungen,
- ▶ höher schätzen sie ihre eigene Informiertheit über die Soziale Marktwirtschaft und alternative Marktwirtschaftsformen ein,
- ▶ patriotischer und stolzer sind sie auf nationale Gemeinschaftsgüter,
- ▶ positiver sind sie zur Demokratie in Deutschland eingestellt,

- ▶ positiver schätzen sie die gegenwärtige und zukünftige Lebensqualität in der Bundesrepublik ein,
- ▶ besser beurteilen sie die eigene wirtschaftliche Lage, die in Deutschland und die in ihrem Bundesland,
- ▶ eher schenken sie wichtigen Personen und Institutionen in Deutschland Vertrauen,
- ▶ weniger sorgen sie sich um die eigene und die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik,
- ▶ eher haben sie die Erwartung, dass ihnen in verschiedenen Lebenssituationen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen,
- ▶ eher nehmen sie Kontrolle über das eigene Leben wahr,
- ▶ weniger haben sie die Erwartung, wichtige Ereignisse im Leben würden vom Schicksal oder Zufall abhängen,
- ▶ weniger fatalistische Tendenzen zeigen sie,
- ▶ mehr Eigenverantwortung nehmen sie wahr,
- ▶ eher präferieren sie demokratische Gleichheitsideale sowie soziale Gerechtigkeit und sorgen sich um das Wohlergehen anderer,
- ▶ weniger befürworten sie die Verteilung von Ressourcen nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und den ökonomischen Individualismus,

- ▶ eher befürworten sie eine gleichheits- und bedürfnisorientierte Verteilung von Ressourcen,
- ▶ weniger machen sie den Staat für das Wohlergehen der Bürger verantwortlich,
- ▶ seltener üben sie Kritik an Aspekten des Wohlfahrtsstaates und desto weniger befürworten sie die marktwirtschaftliche Komponente,
- ▶ eher nehmen sie Deutschland als gerechten Staat wahr,
- ▶ negativer sind sie gegenüber alternativen Marktwirtschaftsformen (freie oder sozialistische Marktwirtschaft) eingestellt.

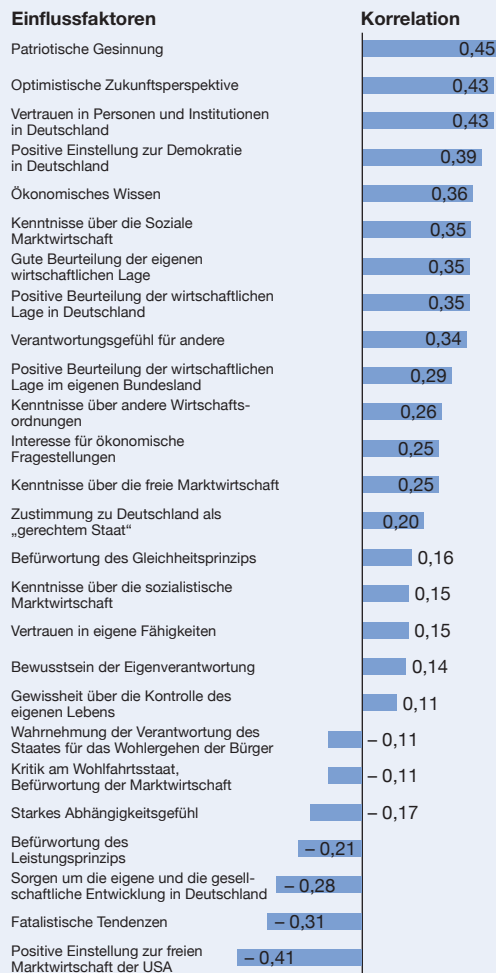
Von den untersuchten Faktoren sind einige besonders wichtig. Sie haben sich – im statistischen Sinne – als die Faktoren herausgestellt, welche für die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft ausschlaggebend sind. Dazu gehören der Patriotismus, die Einstellung zur Demokratie in Deutschland, die Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensqualität in Deutschland, das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten, das Alter der Befragten, die Befürwortung der Gleichverteilung von Gütern oder der Güterverteilung nach Bedürftigkeit, die Wahrnehmung Deutschlands als einen gerechten Staat und das Brutto-Jahreseinkommen.

Diese Faktoren, die mit der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen, lassen sich in drei Gruppen einteilen (Abbildung 3). Variable Eigenschaften und Einstellungen sind

Welche Faktoren die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft positiv oder negativ beeinflussen

Abbildung 2

Korrelation zwischen personengebundenen Merkmalen und der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft auf einer Skala von +1 (extrem positiver Zusammenhang) bis -1 (extrem negativer Zusammenhang)



Eigene Darstellung

Die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft

Abbildung 3



von außen prinzipiell beeinflussbar und eher kurzfristig angelegt. Beispielsweise wird die Zukunftsperspektive der deutschen Bevölkerung unter anderem durch die momentane wirtschaftliche Lage in Deutschland beeinflusst. Eigenschaften und Einstellungen, die eher als stabil gelten, sind schwieriger zu beeinflussen und eher langfristig festgelegt. Zum Beispiel ist das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten – also die Erwartung, in bestimmten Lebenssituationen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben – nur schwer von außen zu beeinflussen. Soziodemografische Merkmale wie das Alter oder das Geschlecht – die dritte Gruppe von Einflussfaktoren – sind gar nicht veränderbar.

Neben diesen von den Autoren untersuchten Personenmerkmalen beeinflussen auch Rahmenbedingungen die Einstellung zum deut-

schen Wirtschaftssystem. Den Rahmen bilden die tatsächliche Ausprägung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, das politische System mit seinen gegenwärtigen Reformen und Gesetzen, die wirtschaftliche Lage im Land sowie das gesellschaftliche System, das sich in den geltenden Werten und der vorherrschenden Kultur manifestiert. Verringern politische Reformen die sozialstaatlichen Leistungen, werden sich diese Maßnahmen auch auf die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft auswirken. Verändert sich unsere Gesellschaft dahingehend, dass eigenverantwortliches Handeln im Sinne von Absicherung und privater Altersvorsorge als wichtig und unabdingbar erachtet wird, dürfte sich dies auch in der Bewertung der sozialen Komponente unseres Wirtschaftssystems zeigen.

3.3 Experimentelle Studien: Wie beeinflussen diese Faktoren die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft?

Welche Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft und den gefundenen Einflussfaktoren bestehen, lässt sich in Experimenten klären. Auf der Basis der Ergebnisse der korrelativen Studie haben die Autoren dazu zwei Studien durchgeführt, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden. Experimentelle Forschungsdesigns zeichnen sich dadurch aus, dass lediglich die unabhängige Variable, das heißt die Intervention (zum Beispiel die Vermittlung von ökonomischem Wissen) variiert wird und gleichzeitig alle weiteren Parameter der Untersuchung konstant gehalten werden. So ist es möglich, Unterschiede zwischen den verschiedenen experimentellen Gruppen (zum Beispiel Gruppe 1: Teilnahme an einem Kurs, in dem ökonomisches Wissen vermittelt wird; Gruppe 2: keine Kursteilnahme) in den gemessenen abhängigen Variablen (Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft) auf die Variation der unabhängigen Variablen zurückzuführen (Aronson et al., 2004).

3.3.1 Der Einfluss von Patriotismus

Eines der zentralen Ergebnisse der korrelativen Studie ist, dass patriotische Orientierungen und Stolz auf nationale Gemeinschaftsgüter positiv mit der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen. Je patriotischer die Befragten sind, desto positiver ist auch ihre

Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem. Um die Kausalität dieses Zusammenhangs zu überprüfen, bedarf es einer experimentellen Studie. Wenn Patriotismus und die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft tatsächlich kausal miteinander verbunden sind, sollte eine von außen induzierte Steigerung oder Verringerung der patriotischen Orientierung bei den Befragten zu einer positiveren oder negativeren Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft führen.

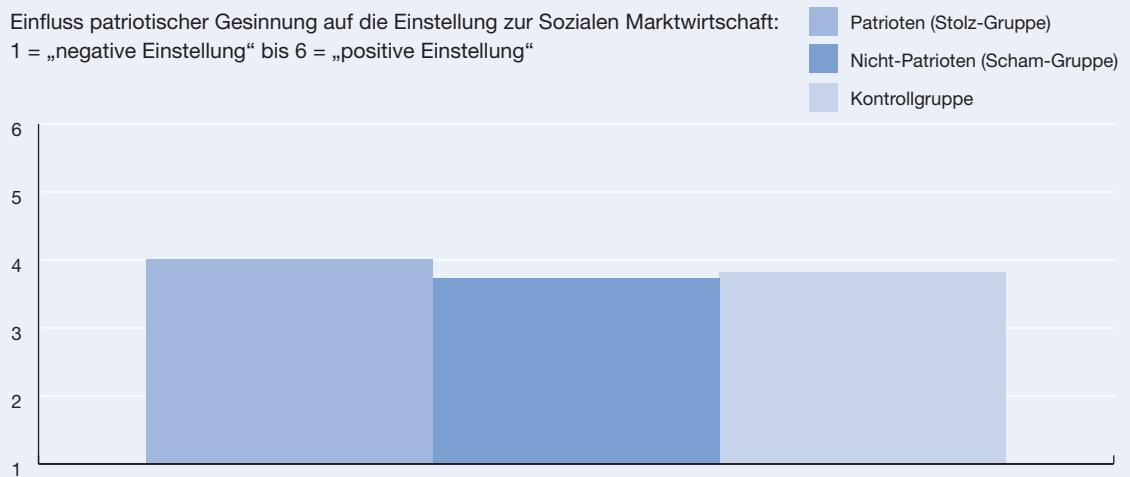
Eine solche Beeinflussung kann durch ein sogenanntes Priming erzielt werden (Aronson et al., 2004). Eine typische Priming-Aufgabe besteht in der gedanklichen Auseinandersetzung mit Aspekten, die bei den Versuchsteilnehmern patriotische oder anti-patriotische Gefühle auslösen. Dadurch werden im Gedächtnis Konzepte aktiviert, die in der Folge Einstellungen und Verhaltensweisen der Person beeinflussen. Häufig ereignen sich solche Effekte, ohne dass sich die Personen dessen bewusst sind. Konkret wurden bei dem Experiment im Herbst 2006 insgesamt 109 Personen im durchschnittlichen Alter von 32,4 Jahren befragt (Kaminski et al., 2007b). Die Versuchsteilnehmer wurden per Zufall einer von drei Gruppen zugeordnet. Personen der ersten Gruppe (Stolz-Gruppe) wurden gebeten, Aspekte aufzuschreiben, auf die sie in Deutschland besonders stolz sind. Das sollte patriotische Gefühle bei den Personen wecken. Personen der zweiten Gruppe (Scham-Gruppe) wurden aufgefordert, Aspekte aufzuschreiben, für die sie sich in Deutschland besonders schämen – um anti-patriotische Gefühle zu aktivieren. Eine dritte Gruppe von Personen erhielt keine Aufgabe und diente als Kontrollgruppe. Im Anschluss daran wurden die

Patriotische Gesinnung und Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft

Abbildung 4

Einfluss patriotischer Gesinnung auf die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft:

1 = „negative Einstellung“ bis 6 = „positive Einstellung“



Quelle: Kaminski et al., 2007b

Versuchsteilnehmer zu ihrer Einstellung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft befragt.

Das Ergebnis: Hinsichtlich der Gesamtskala zur Messung der Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft unterscheiden sich die drei Gruppen von Befragten nur marginal (Abbildung 4). Bezüglich der beiden Unterskalen „Identifikation mit der Sozialen Marktwirtschaft und Verhaltensmaße“ (Beispielaussage: „Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft liegt mir sehr am Herzen.“) sowie „Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft“ (Beispielaussage: „Ich fühle mich als Gewinner der Sozialen Marktwirtschaft.“) zeigen sich demgegenüber stärkere Differenzen zwischen den befragten Gruppen (Abbildungen 5 und 6): Die patriotischer gesinnten Personen der Stolz-Gruppe stehen den Aussagen der beiden Unterskalen deutlich positiver gegen-

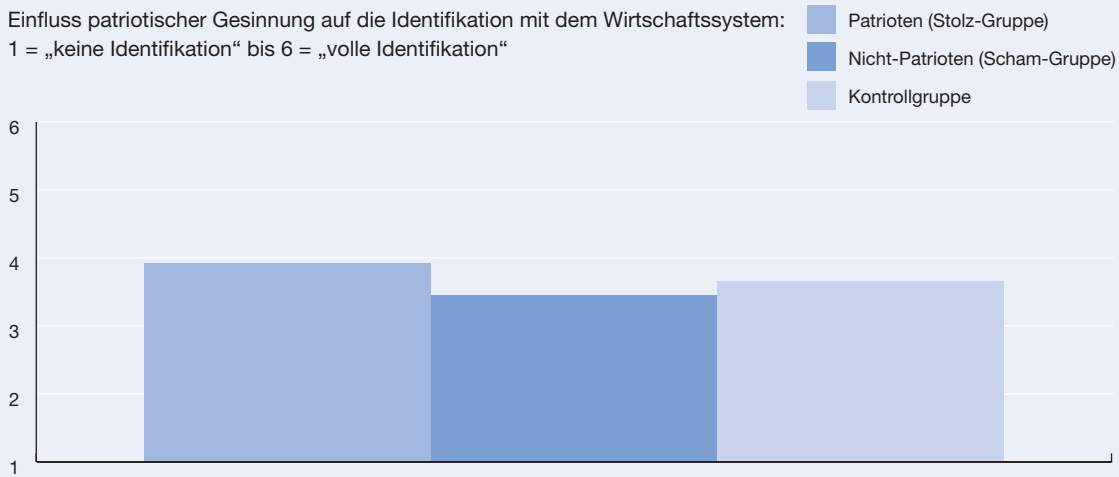
über als Personen der Kontrollgruppe und der Scham-Gruppe. Letztere zeigte die negativste Einstellung.

Personen, deren patriotische Orientierung aktiviert wurde, identifizieren sich am stärksten mit der Sozialen Marktwirtschaft, zeigen am stärksten der Einstellung entsprechende Verhaltensweisen (sie würden zum Beispiel an einer Demonstration für die Soziale Marktwirtschaft teilnehmen) und nehmen die Vorteile des deutschen Wirtschaftssystems am stärksten wahr. Personen, bei denen eine anti-patriotische Einstellung hervorgerufen wurde, zeigen dagegen die schlechtesten Einstellungswerte. Somit gilt der kausale Zusammenhang zwischen patriotischer Orientierung und Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft als bestätigt.

Patriotische Gesinnung und Identifikation mit dem Wirtschaftssystem

Abbildung 5

Einfluss patriotischer Gesinnung auf die Identifikation mit dem Wirtschaftssystem:
 1 = „keine Identifikation“ bis 6 = „volle Identifikation“



Quelle: Kaminski et al., 2007b

Patriotische Gesinnung und Vorteile aus dem Wirtschaftssystem

Abbildung 6

Einfluss patriotischer Gesinnung auf die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft:
 1 = „keine Vorteile aus dem Wirtschaftssystem“ bis
 6 = „große Vorteile aus dem Wirtschaftssystem“



Quelle: Kaminski et al., 2007b

3.3.2 Der Einfluss von Ungerechtigkeit

Wie der Name der Sozialen Marktwirtschaft schon sagt, besteht das deutsche Wirtschaftssystem aus zwei Elementen: dem sozialen und dem marktwirtschaftlichen. Umfrageergebnissen zufolge wünscht sich die Mehrheit der Deutschen eine stärkere Betonung des Prinzips des sozialen Ausgleichs. Der marktwirtschaftlichen Komponente, also dem Prinzip der Freiheit auf dem Markt, stehen die Bürger dagegen immer noch skeptisch, wenn nicht sogar ängstlich gegenüber. Unter welchen Bedingungen Bürger eher eine stärkere Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft bevorzugen, haben Kaminski et al. (2007b) in einer weiteren experimentellen Studie untersucht. Dazu wurden von März bis April 2007 38 Personen im Durchschnittsalter von 25,6 Jahren befragt. Wieder wurden die Versuchsteilnehmer zufällig einer Gruppe zugeordnet. In der ersten Gruppe, der Experimentalgruppe, wurde ihnen ein Auszug aus einem Artikel der Zeitschrift „Spiegel“ vorgelegt. In dem Artikel mit dem Titel „Arm durch Arbeit – Wie der Staat die abhängig Beschäftigten immer dreister ausnimmt“ (Sauga et al., 2007) wurde darüber informiert, dass die abhängig Beschäftigten durch den Sozialstaat in Deutschland am meisten benachteiligt würden, da sie mehr als andere Bevölkerungsgruppen in das soziale Sicherungssystem einzahlten, aber finanziell oft schlechter abschneiden würden als diejenigen, die von den Sozialbeiträgen lebten. Des Weiteren machte der Artikel darauf aufmerksam, dass fast 500.000 Bundesbürger mit ihrer Vollzeitstelle so wenig Geld verdienen, dass sie zusätzliche finanzielle Unterstützung in Form

von Arbeitslosengeld II benötigen. Die zweite Gruppe von Personen, die als Kontrollgruppe fungierte, erhielt keinen Zeitungsartikel. Dann wurden beide Gruppen gebeten, den Status quo und den Wunschzustand der sozialen und der marktwirtschaftlichen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft anzugeben. Die soziale Komponente war als Prinzip des sozialen Ausgleichs definiert worden, während die marktwirtschaftliche Komponente als Prinzip des freien Wettbewerbs auf dem Markt beschrieben wurde.

Das aktuelle Ausmaß der sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft (Ist-Zustand) schätzten beide Gruppen ähnlich groß ein. Die Kontrollgruppe wünschte sich jedoch im Vergleich zur Experimentalgruppe, die zuvor den Zeitungsartikel über die Benachteiligung der Erwerbstätigen gegenüber Sozialleistungsempfängern gelesen hatte, zukünftig tendenziell eine stärkere Verwirklichung der sozialen Komponente (Soll-Zustand) (Abbildung 7). Im Hinblick auf die marktwirtschaftliche Komponente unterschieden sich beide Gruppen sowohl in der Einschätzung des Ist- als auch in der Angabe des gewünschten Soll-Zustands. Die Experimentalgruppe beurteilte die marktwirtschaftliche Komponente in Deutschland im Gegensatz zur Kontrollgruppe als gegenwärtig weniger verwirklicht und wünschte sich für die Zukunft eine stärkere Betonung dieser Seite der Sozialen Marktwirtschaft (Abbildung 8).

Diese Ergebnisse lassen folgende Schlüsse zu: Die im Artikel beschriebene Benachteiligung der abhängig Beschäftigten durch das unausgewogene Verhältnis zwischen hoher Leistung (Vollzeittätigkeit, Sozialabgaben) und dem spär-

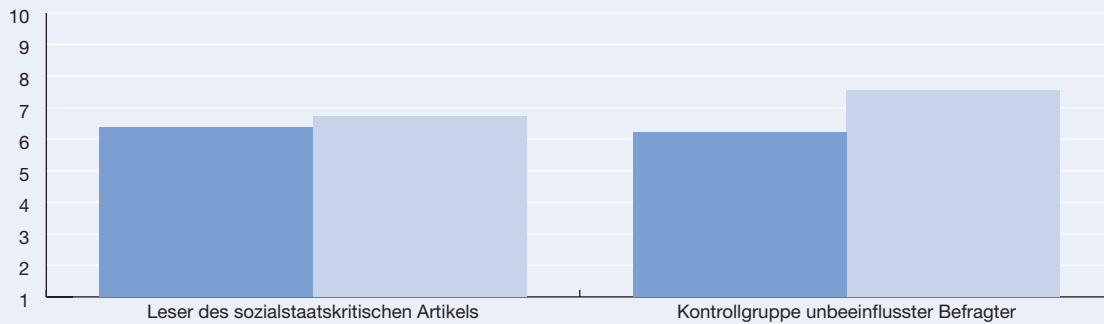
Wie sozial ist die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland?

Abbildung 7

Effekt des sozialstaatskritischen Zeitungsartikels „Arm durch Arbeit“ auf die Einschätzung der sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft:

1 = „geringe Verwirklichung der sozialen Komponente“ bis
10 = „starke Verwirklichung der sozialen Komponente“

■ Wahrgenommenes Ausmaß des Sozialstaates
■ Gewünschtes Ausmaß des Sozialstaates



Quelle: Kaminski et al., 2007b

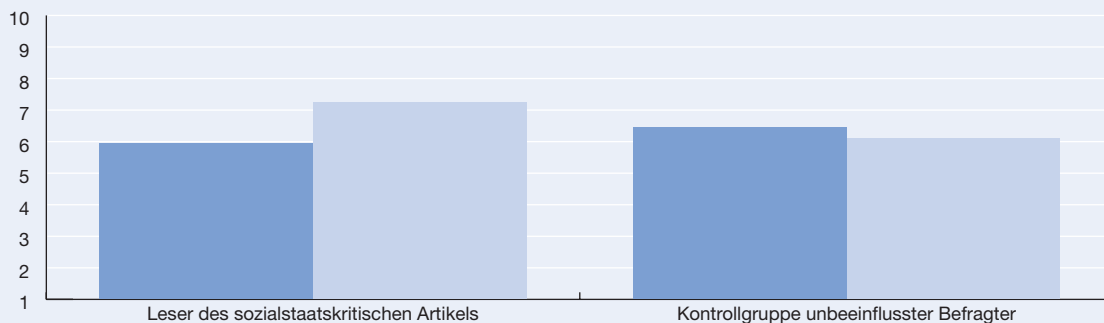
Wie marktwirtschaftlich ist die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland?

Abbildung 8

Effekt des sozialstaatskritischen Zeitungsartikels „Arm durch Arbeit“ auf die Einschätzung der marktwirtschaftlichen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft:

1 = „geringe Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Komponente“ bis
10 = „starke Verwirklichung der marktwirtschaftlichen Komponente“

■ Wahrgenommenes Ausmaß der Marktwirtschaft
■ Gewünschtes Ausmaß der Marktwirtschaft



Quelle: Kaminski et al., 2007b

lichen Einkommen, das teilweise durch Hartz-IV-Leistungen ergänzt werden muss, hat die Einstellung der Personen der Experimentalgruppe beeinflusst. Daher schätzen sie den Ist- und den Sollzustand der beiden Komponenten der Sozialen Marktwirtschaft anders ein. Dass abhängig Beschäftigte teilweise finanziell schlechter abschneiden als Bürger, die vom Sozialstaat leben, empfinden die Befragten vermutlich als ungerecht. Das erklärt die geringere Befürwortung der sozialen Komponente und die stärkere Wertschätzung der marktwirtschaftlichen Komponente unter den Zeitungsartikellesern. Dieses Bild entspricht einer Einkommensverteilung nach dem sogenannten Equity-Prinzip (Adams, 1965). Demnach wird eine Ressourcenverteilung dann als gerecht und fair erlebt, wenn das Verhältnis von Leistung und Einkommen proportional zu Leistung und Einkommen von Bezugspersonen ist. Personen der Kontrollgruppe, die den Artikel nicht gelesen haben, wünschen sich dagegen die umgekehrte Konstellation der beiden Elemente des deutschen Wirtschaftssystems, also einen größeren Raum für sozial motivierte Umverteilung.

3.4 Qualitative Interviews: Fragen und Antworten ganz persönlich

Neben korrelativen und experimentellen Studien sind auch qualitative Interviews dazu geeignet, die Kenntnisse und Wünsche der Bürger bezüglich ihres Wirtschaftssystems herauszufinden. An der Interviewserie der Autoren haben neun Frauen und elf Männer im durchschnittlichen Alter von 42,7 Jahren teilgenommen (Kaminski

et al., 2007c). Diese Gruppe war hinsichtlich ihrer Tätigkeit und Stellung im Beruf annähernd repräsentativ für die deutsche Bevölkerung.

Gegenstand der qualitativen Interviews waren sechs Themenbereiche. Zunächst sollten die Interviewten das deutsche Wirtschaftssystem charakterisieren. Dann wurden sie um die Nennung von Aspekten alternativer Wirtschaftssysteme gebeten, die sie gerne oder auf keinen Fall für das deutsche System übernehmen wollten. Des Weiteren sollten sie Vor- und Nachteile der Sozialen Marktwirtschaft aufzählen, ihre Merkmale bewerten, über die Gerechtigkeit in der Sozialen Marktwirtschaft sprechen und Verbesserungsvorschläge machen.

Dabei zeigte sich, dass ein großer Teil der interviewten Personen sehr diffuse Vorstellungen über das Wirtschaftssystem in Deutschland hat. Nur etwa die Hälfte der Befragten kann die Soziale Marktwirtschaft richtig benennen. Viele übersehen zum Beispiel die Verbindung zwischen sozialstaatlicher Absicherung und wirtschaftlichen Prozessen im deutschen Wirtschaftssystem. Zwei Beispiele:

„Was kennzeichnet beziehungsweise charakterisiert das deutsche Wirtschaftssystem?“ (Interviewerin)

„Freie Marktwirtschaft. Liberal. Trotzdem gibt's Subventionen. [...] Ich glaube, es gibt auch einen Protektionismus.“ (Selbstständiger, 32 Jahre)

„Freie Marktwirtschaft. Globalisierung [...]. Mir fällt dazu ein, dass immer mehr Großunterneh-

men die Kleinen auffressen, auf Kosten der Einzelhändler und der kleinen Leute.“ (Beamtin, 33 Jahre)

Zwar zeigt sich auch hier: Personen, die sich für wirtschaftliche Themen interessieren, wissen mehr über die wirtschaftlichen Prozesse in Deutschland als Nicht-Interessierte (vgl. Abschnitt 3.2). Dennoch sind sich die meisten Interviewten nicht bewusst, dass das Wirtschaftssystem ein zentraler Bestandteil ihres Lebens ist. Privilegien wie die gesetzliche Krankenversicherung, die Absicherung durch den Sozialstaat im Falle von Arbeitslosigkeit oder die Freiheit, das zu kaufen, was man möchte, werden als selbstverständlich angesehen. Der Staat wird von den meisten Interviewten in der Pflicht gesehen, die finanzielle Absicherung zu garantieren. Jüngere Befragte allerdings sind sich eher bewusst, private Vorsorge treffen zu müssen – aus dem Motiv der Angst, im Alter zu wenig Geld zur Verfügung zu haben.

„In Zukunft wird die gesetzliche Rente nicht ausreichen. [...] Wir müssen selbst vorsorgen, zum Beispiel in Form von Versicherungen.“ (Angestellte und Studentin, 33 Jahre)

So wenig die Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft bekannt sind: In der Auseinandersetzung mit alternativen Wirtschaftssystemen geben die Befragten an, im Grunde schon zufrieden mit der Sozialen Marktwirtschaft zu sein:

„Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir schon ein gerechtes System. [...] Mit unserem System bin ich im Großen und Ganzen schon zufrieden.“ (Arbeiter, 55 Jahre)

Andere wirtschaftliche Systeme – so die freie Marktwirtschaft der USA oder die Zentralverwaltungswirtschaft in Kuba – werden nicht als eine bessere Wahl angesehen. Teilaspekte werden zwar befürwortet, zum Beispiel weniger Bürokratismus in den USA oder ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl in der ehemaligen DDR. Es werden aber auch deutlich die Nachteile gesehen, so die nur geringfügige staatliche Absicherung der Bürger in den USA oder die Einengung der persönlichen Freiheit in Kuba.

Zu denken gibt aber, dass rund die Hälfte der Interviewten daran zweifelt, ob die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig ist. Sie befürchten eine Liberalisierung oder „Amerikanisierung“ der Verhältnisse. Einige Beispiele:

„Welche Vorteile hat Ihrer Meinung nach das amerikanische Wirtschaftssystem?“ (Interviewerin)

„Ich finde es gut, wenn ich in Amerika ein Unternehmen auf die Beine stellen will, dass es ziemlich unbürokratisch abläuft [...]. Mir werden da nicht sehr viele Steine in den Weg geräumt.“ (Selbstständiger, 31 Jahre)

„Welche Vorteile haben Ihrer Meinung nach planwirtschaftlich geführte Länder?“ (Interviewerin)

„Der Zusammenhalt der Familien und die Freundlichkeit der Leute sind teilweise schon sehr groß in diesen Ländern, dadurch dass der Staat alles regiert und auch Vorgaben macht [...]. Jeder ist irgendwie aufgehoben.“ (Selbstständige, 31 Jahre)

„Welche Aspekte des amerikanischen Wirtschaftssystems würden Sie für das deutsche Wirtschaftssystem auf keinen Fall übernehmen?“ (Interviewerin)

„Das Problem der sozialen Absicherung, da fallen ganz, ganz viele durchs Netz, was die Gesundheitsvorsorge angeht.“ (Selbstständiger, 33 Jahre)

„Welche Nachteile hat Ihrer Meinung nach ein planwirtschaftliches System?“ (Interviewerin)

„In Kuba wird immer alles vom Staat bestimmt, da haben die Einwohner keine Möglichkeit, sich frei zu entwickeln, was ja bei uns schon möglich ist [...]. In der Hauptstadt Havanna dürfen die Einwohner nicht mit Ausländern sprechen, sie werden die ganze Zeit von Polizisten beobachtet.“ (Angestellte und Studentin, 33 Jahre)

In einem weiteren Punkt zeigt sich eine prinzipielle Zufriedenheit der Befragten mit der Sozialen Marktwirtschaft. Grundsätzlich wird sie von den Interviewten als gerecht empfunden. Das Prinzip des Steuersystems als solches – der Bürger zahlt Steuern und erhält dafür bestimmte staatliche Leistungen – wird befürwortet. Fast alle Interviewten bejahen überdies das progressiv gestaffelte Steuersystem und nehmen die Position ein, dass es ein Grundprinzip des Sozialstaates sei, dass die Starken mehr Lasten tragen als die Schwachen.

„Es ist gerecht, wenn die Besserverdienenden mehr einzahlen. [...] Das sorgt ja auch in gewisser Weise für Frieden in der Gesellschaft.“ (Studentin, 23 Jahre)

Einzelne Aspekte gelten aber als ungerecht. Die Höhe der Steuerbelastung, die Verwendung der Steuern und die Komplexität des Steuersystems werden kritisiert, ebenso die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich.

„Was denken Sie über den Austauschprozess zwischen Bürger und Staat, das heißt der Bürger zahlt Steuern und der Staat gewährt gewisse Leistungen?“ (Interviewerin)

„Das ist okay. Eine Gesellschaft kann nicht ohne Steuern auskommen. Es sei denn, man möchte Anarchie, dann geht's auch ohne Steuern. [...] Das Steuersystem ist chaotisch. Es belohnt nur diejenigen, die sich gut im System auskennen.“ (Beamter, 64 Jahre)

„Der Staat mogelt sehr. Er verwendet die Abgaben der Bürger für etwas anderes, als er vorgibt.“ (Angestellte in Altersteilzeit, 58 Jahre)

4 Wie sich die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft verbessern lässt

Aus diesen Ergebnissen können praktische Schlüsse gezogen werden. Sofern es für erstrebenswert gehalten wird, die Einstellung der Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern, können Politiker und andere Akteure an den folgenden Einflussfaktoren ansetzen. Allerdings: Die experimentelle Absicherung der Befunde steht noch aus. Daher handelt es sich lediglich um vorläufige Empfehlungen.

Ökonomisches Wissen

Ökonomisches Wissen und die Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem hängen miteinander zusammen. Je mehr die Bürger über ökonomische Zusammenhänge wissen, desto positiver sind sie zur Sozialen Marktwirtschaft eingestellt. Daraus ergeben sich folgende Vorschläge für die Praxis:

- ▶ Durch die Einführung des Pflichtfachs „Wirtschaft“ und durch Arbeitsgemeinschaften zu wirtschaftlichen Themen in Schulen kann mehr Wissen über die Wirtschaft verbreitet werden. Unternehmensplanspiele für Kinder und Jugendliche sowie didaktisch gut aufbereitete Crashkurse zu wichtigen ökonomischen Themen sind gute Instrumente, um ökonomisches Wissen im jungen Teil der Bevölkerung zu steigern.

- ▶ Ob in Schulen, Hochschulen oder Unternehmen: Von zentraler Bedeutung ist die zielgruppengerechte Aufbereitung und Darbietung von Wissensinhalten. So sollten in Schulen konkrete Fragestellungen (Warum braucht man einen Wirtschaftsminister? Warum müssen die Bürger Steuern zahlen?) bearbeitet werden, um schon frühzeitig Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge in Deutschland zu schaffen.
- ▶ Studierende – und zwar aller Fachrichtungen – sollten wirtschaftliches Basiswissen während des Studiums vermittelt bekommen.
- ▶ In Unternehmen sollte es den Arbeitnehmern möglich sein, Weiterbildungskurse zu den Themenbereichen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre zu besuchen.
- ▶ Um das Wissen über aktuelle wirtschaftliche Geschehnisse in Deutschland und im Ausland zu erhöhen, sollten Schüler, Studenten und Mitarbeiter in Unternehmen die Möglichkeit erhalten, Wirtschaftszeitungen kostengünstig zu abonnieren.

Patriotismus

Je patriotischer in Deutschland lebende Personen gestimmt sind, desto positiver ist auch ihre Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem. Die Fußball-WM 2006 hat gezeigt, dass gesunder Patriotismus nicht nur positiv auf das Verhalten der deutschen Bevölkerung, sondern auch begünstigend auf das Bild von Deutschland im Ausland wirkt. Vertreter von Politik und Wirtschaft können daher – ohne dabei Deutschland kritiklos zu verherrlichen und ohne den Kampf gegen Auswüchse nationa-

listischer Tendenzen zu vernachlässigen – die deutsche Bevölkerung ermutigen, gesunden Stolz auf nationale Errungenschaften zu zeigen. Dazu gehört der Stolz auf politische Mitbestimmungsmöglichkeiten und die demokratischen Institutionen Deutschlands. Von diesem positiven Selbstbild profitiert auch das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft.

Einstellung zur Demokratie

Die Meinung, die Bürger von der Demokratie haben, scheint auch ihre Meinung zur Sozialen Marktwirtschaft zu beeinflussen. Je positiver sie die Demokratie empfinden, desto mehr Wertschätzung bringen sie auch dem Wirtschaftssystem entgegen. Allerdings sind derartige Einstellungen von Personen nur schwer zu verändern. Um eine Einstellung nachhaltig zu ändern, ist es notwendig, dass derjenige, der die Einstellung einer anderen Person verändern möchte, gute Argumente vorbringt und dass der andere fähig und willens ist, diese Information zu verarbeiten (Petty/Cacioppo, 1986). Die Einstellung zur Demokratie in Deutschland und damit die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft zu verbessern, ist daher keine Propaganda-Aufgabe, sondern Überzeugungsarbeit. Lehrer, Politiker und Verbände sollten die Vorzüge, aber auch die Nachteile der Demokratie im Vergleich zu anderen Staatsformen klar und widerspruchsfrei herausstellen.

Einschätzung der Zukunftsperspektive

Je positiver Personen die gegenwärtige und zukünftige Lebensqualität in Deutschland einschätzen, desto positiver sind sie auch zur Sozialen Marktwirtschaft eingestellt. Die Meinung und die Zukunftsperspektive der

Bevölkerung werden dabei in erheblichem Maße durch die Berichterstattung in den Medien beeinflusst. Die Realität, welche die Medien darstellen, ist jedoch laut Kepplinger (1998) eine durch die Medien geschaffene Realität. Die inhaltsanalytische Auswertung, die der Publizistikwissenschaftler an drei großen deutschen Tageszeitungen vorgenommen hat, ergibt, dass sich vor allem bei der Politikberichterstattung ein immer stärker werdender Negativismus zeigt. Das heißt: Über Politiker und Parteien wird zunehmend Negatives gesagt und Kritisches zitiert. Des Weiteren zeigt sich eine Zunahme von Berichten über Bürger als Opfer staatlicher Unfähigkeit, während sie als Nutznießer von staatlichen Leistungen sehr viel seltener dargestellt werden. Hinzu kommt, dass negative Nachrichten einen viel stärkeren Einfluss auf die individuellen Einstellungen haben als positive Informationen (Soroka, 2006). Dieses Phänomen lässt sich anhand der Prospekt-Theorie von Kahneman und Tversky (1979) erklären, nach der Verluste intensiver empfunden werden als vergleichbar große Gewinne. Vor dem Hintergrund dieser Befunde könnte eine verstärkte Vermittlung von Positivnachrichten oder eine Balance zwischen guten und schlechten Nachrichten in den Medien eine günstigere Einschätzung der Zukunft bewirken.

Selbstkonzept eigener Fähigkeiten

Auch das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten und die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft hängen positiv zusammen. Je höher die Erwartung von Personen ist, in bestimmten Lebenssituationen Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben, desto positiver sind sie zum Wirtschaftssystem eingestellt. Aber nur

wenn Bürger den Sinn bestimmter wirtschaftlicher Vorgänge verstehen, die sie auch persönlich betreffen, können sie subjektive Kontrolle über diese Lebensbereiche erlangen. Solche Kompetenz- und Kontrollerwartungen sind allerdings sehr stabile Merkmale, sie lassen sich nur schwer verändern. Dennoch bieten sich Trainings an, die Handlungs- und Kontrollstrategien vermitteln und demonstrieren, auf welche Ursachen bestimmte Ereignisse im Leben zurückgeführt werden können. Im ökonomischen Bereich sollten marktwirtschaftliche Zusammenhänge und Ursachen für wirtschaftliche Entwicklungen transparent gemacht werden. Politiker und Lehrer könnten den Bürgern beispielsweise vermitteln, welche Faktoren zu hoher Arbeitslosigkeit führen oder warum die Lohnnebenkosten in Deutschland vergleichsweise hoch sind. Auch damit lassen sich Zustände mangelnder Kontrolle und Unverständnis in der Bevölkerung vermeiden.

Einstellung zur Gleichheit

Je mehr Personen die Gleichverteilung von Gütern oder die Güterverteilung nach Bedürftigkeit befürworten, desto positiver sind sie zur Sozialen Marktwirtschaft eingestellt. Die Prinzipien der Gleichheit oder der Bedürftigkeit legen viele auch im Familien- oder Freundeskreis als Maßstab an. Im Zusammenhang mit ihrem Arbeitsleben empfinden dagegen viele eher die Verteilungsregeln nach Verhältnismäßigkeit von Leistung und Einkommen als fair. Um die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft zu steigern, könnte es in bestimmten Bereichen sinnvoll sein, die Prinzipien der Bedürftigkeit und Gleichbehandlung zu betonen. Das bietet sich in Wohlfahrtsangelegenheiten

an. So ist zum Beispiel im Gesundheitswesen vor allem eine Verteilung der Ressourcen nach Bedürftigkeit wichtig (Streicher/Kaminski, in Druck). Wenn dagegen die negativen Konsequenzen des Sozialstaates für abhängig Beschäftigte aufgezeigt werden, lässt sich deren Zustimmung zur marktwirtschaftlichen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft steigern.

Der gerechte Staat

Nehmen die Bürger den deutschen Staat als „gerecht“ wahr, so beeinflusst das auch ihr Urteil über das Wirtschaftssystem im positiven Sinne. Die Wahrnehmung von Gerechtigkeit hat in Deutschland eine zentrale Dimension. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, der Bevölkerung zu vermitteln, dass der Staat und seine Organe gerecht und fair handeln. Gerechtigkeit zeigt sich beispielsweise durch eine hohe Transparenz der politischen Entscheidungen, eine gerechte Verteilung der Ressourcen und Maßnahmen gegen den Missbrauch von sozialstaatlichen Ressourcen.

5 Fazit

Die Einstellung der Bevölkerung zur Sozialen Marktwirtschaft – dem deutschen Wirtschaftssystem – hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert, wie Meinungsumfragen zeigen. Woran liegt diese mangelnde Akzeptanz?

Die Untersuchungen der Autoren zeigen, dass die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft von einer Vielzahl von Faktoren und Bedingungen beeinflusst wird. Von den untersuchten Faktoren sind einige besonders bedeutend. Sie haben sich – im statistischen Sinne – als die Faktoren herausgestellt, welche für die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft ausschlaggebend sind. Dazu gehören der Patriotismus, die Einstellung zur Demokratie in Deutschland, die Einschätzung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensqualität in Deutschland, das Selbstkonzept eigener Fähigkeiten, das Alter der Befragten, die Befürwortung der Gleichverteilung von Gütern oder der Güterverteilung nach Bedürftigkeit, die Wahrnehmung Deutschlands als einen gerechten Staat und das Brutto-Jahreseinkommen. In experimentellen Studien konnten die Autoren zudem zeigen, dass eine Steigerung der patriotischen Orientierung die Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem verbessert und dass das Aufzeigen von sozialstaatlichen Ungerechtigkeiten zu einer positiven Bewertung des marktwirtschaftlichen Elements der Sozialen Marktwirtschaft führt. Das bedeutet gleichzeitig, dass das einstige Wirtschaftswundermodell nicht zum Scheitern verurteilt ist, sondern dass durch gezielte Veränderung von ursächlichen Einflussfaktoren die

Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft wieder verbessert werden kann.

Wie die von den Autoren durchgeführten Interviews zeigen, scheinen ein ausgeprägtes Interesse für ökonomische Zusammenhänge und ein hohes Maß an Wirtschaftswissen sich günstig auf die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft auszuwirken. Leider ist festzustellen, dass nur wenige ein fundiertes Wissen über wirtschaftliche Geschehnisse und somit nur diffuse Vorstellungen über die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft haben. Die Aufklärung der Bürger könnte Abhilfe schaffen und sich positiv auf die Einstellung zum deutschen Wirtschaftssystem auswirken.

Bei allen gewonnenen Erkenntnissen: Die Bedeutung der in dieser Studie identifizierten Einflussfaktoren für die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft muss weiter analysiert werden. Außerdem gibt es gewiss weitere Einflussfaktoren, die aufgedeckt werden müssen. Dennoch zeigt bereits diese Studie, was im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft getan werden kann. Politiker, Lehrer, Professoren, Unternehmer und Verbände sind aufgerufen, durch glaubwürdige Informationen für mehr Akzeptanz des deutschen Wirtschaftssystems zu werben. Denn die sinkende Zustimmung zu einem Wirtschaftssystem kann einer Gesellschaft gefährlich werden – auch wenn es sich um ein derart leistungsfähiges Modell handelt wie die Soziale Marktwirtschaft, das im täglichen Leben seine Nützlichkeit beweist.

Literatur

- Aczel, J.**, 2005, Changes in the role of the trade union in the Hungarian printing industry: A transition from socialism to market economy, in: *Employee Relations*, Vol. 27, No. 6, S. 566–580
- Adams, J. S.**, 1965, Inequity in social exchange, in: Berkowitz, L. (ed.), *Advances in experimental social psychology*, Vol. 2, New York, S. 267–299
- Aronson, E. / Wilson, T. D. / Akert, R. M.**, 2004, *Sozialpsychologie*, München
- Baethge, H. / De Luca, C. / Hübner, R.**, 2005, Eine Nation im Zwiespalt, in: *Capital*, Nr. 19, S. 18–24
- Berth, H. / Förster, P. / Brähler, E. / Stöbel-Richter, Y.**, 2007, Einheitslust und Einheitsfrust: Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger – Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987–2006, Gießen
- Borkowska, S. / Kulpinska, J.**, 1998, Transformation to a market economy: The case of Poland, in: Drenth, P. J. / Thierry, H. / de Wolff, C. J. (ed.), *A handbook of work and organizational psychology*, S. 461–483
- Bortz, J. / Döring, N.**, 2002, *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*, Heidelberg
- Bronson, D. E. / Kunovich, S. / Frysztacki, K.**, 2005, The impact of the economic transition in Poland on vulnerable populations, in: *Journal of Family and Economic Issues*, Vol. 26, No. 2, S. 225–238
- Bundesverband deutscher Banken**, 2005a, *Meinungsumfrage: Marktwirtschaft und Bürgervertrauen*, Interesse, Nr. 8, Berlin
- Bundesverband deutscher Banken**, 2005b, *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft*, Interesse, Nr. 11, Berlin
- Fuchs, D.**, 1997, Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, O. W. (Hrsg.), *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess*, Opladen, S. 81–110
- Fuchs, D.**, 1999, The democratic culture of unified Germany, in: Norris, P. (ed.), *Critical citizens: Global support for democratic government*, Oxford, S. 123–145
- Frentzel-Zagorska, J. / Zagorski, K.**, 1993, Polish public opinion on privatisation and state interventionism, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 45, No. 4, S. 705–728
- Gabriel, O. W.**, 2000, Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Falter, J. W. / Gabriel, O. W. / Rattinger, H. (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orien-*

tierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 41–77

Graham, C. / Pettinato, S., 2002, Frustrated achievers: Winners, losers and subjective well-being in new market economies, in: *The Journal of Development Studies*, Vol. 38, No. 4, S. 100–140

Huber, O., 2005, *Das psychologische Experiment: Eine Einführung*, Bern

Jost, J. T. / Banaji, M. R. / Nosek, B. A., 2004, A decade of system justification theory: Accumulated evidence of conscious and unconscious bolstering of the status quo, *Political Psychology*, Vol. 25, No. 6, S. 881–919

Jost, J. T. / Blount, S. / Pfeffer, J. / Hunyady, G., 2003, Fair market ideology: Its cognitive-motivational underpinnings, in: *Research in Organizational Behavior*, Vol. 25, S. 53–91

Kahneman, D. / Tversky, A., 1979, Prospect theory: An analysis of decision under risk, in: *Econometrica*, Vol. 47, No. 2, S. 263–292

Kaminski, S. / Frey, D. / Traut-Mattausch, E. / Greitemeyer, T., 2007a, *Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft – Messung und Untersuchung von Einflussfaktoren*, Ludwig-Maximilians-Universität München, unveröffentlichtes Manuskript

Kaminski, S. / Frey, D. / Traut-Mattausch, E. / Greitemeyer, T., 2007b, *Experimentelle Untersuchungen zur Einstellung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft*, Ludwig-Maximilians-

Universität München, unveröffentlichtes Manuskript

Kaminski, S. / Frey, D. / Traut-Mattausch, E. / Greitemeyer, T., 2007c, *Qualitative Studie: Einstellung deutscher Bürger zur Sozialen Marktwirtschaft*, Ludwig-Maximilians-Universität München, unveröffentlichtes Manuskript

Kepplinger, H. M., 1998, *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg

Leikes, O., 2006, Tasting freedom: Happiness, religion and economic transition, in: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Vol. 59, S. 173–194

Mateju, P., 1996, Winners and losers in the post-communist transformation: The Czech Republic in comparative perspective, in: *The European Journal of Social Sciences*, Vol. 9, No. 3, S. 371–390

Mau, S., 1997, Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat: Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, in: *Soziale Welt*, 48. Jg., Nr. 1, S. 17–37

Morris, E. W., 1998, Household responses to major economic change in Poland: A theoretical framework, in: *Journal of Family and Economic Issues*, Vol. 19, No. 3, S. 199–220

Noelle-Neumann, E. / Köcher, R., 2002, *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002: Balkon des Jahrhunderts*, München

Petty, R. E. / Cacioppo, J. T., 1986, Communication and persuasion: Central and peripheral routes to attitude change, New York

Roller, E., 1999, Shrinking the welfare state: Citizens' attitudes towards cuts in social spending in Germany in the 1990s, in: German Politics, Vol. 8, S. 21–39

Rudel, D., 2006, Unionspolitiker beschimpft Manager als moderne Spesenreiter, Spiegel Online, April, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,411668,00.html> [Stand: August 2007]

Sauga, M. / Aden, M. / Brenner, J. / Matthes, S., 2007, Die wahre Unterschicht, in: Der Spiegel, Nr. 14, S. 22–38

Schmidt-Sinns, D., 1994, The transition to democracy in Eastern Germany as a process of political socialisation, in: History of European Ideas, Vol. 19, S. 485–494

Soroka, S. N., 2006, Good news and bad news: Asymmetric responses to economic information, in: Journal of Politics, Vol. 64, No. 2, S. 372–385

Streicher, B. / Kaminski, S., in Druck, Gerechtigkeitsempfindungen und ihre Bedeutung für Ökonomie und Organisation, Reihe Kulturelle Ökonomik, Münster

Ullrich, C. G., 2000, Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats: Anmerkungen zum Forschungsstand, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere, Nr. 22, Mannheim

Völkl, K., 2005, Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, O. W. / Falter, J. W. / Rattinger, H. (Hrsg.), Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 249–284

Die Autoren

Dipl.-Psych. **Simone Kaminski**, geboren 1980 in Würselen; Studium der Psychologie und der Betriebswirtschaft in Eichstätt; seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftspsychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München; Arbeitsschwerpunkte: Einstellung zu Wirtschaftssystemen, Einstellung zu Staatsformen, psychologische Konsequenzen von politischen und wirtschaftlichen Systemwechseln.

Prof. Dr. **Dieter Frey**, geboren 1946 in Baiersbrunn; Studium der Sozialwissenschaften in Mannheim und Hamburg; 1978–1993 Professur für Sozial- und Organisationspsychologie an der Universität Kiel; 1998–1999 Theodor-Heuss-Professor an der Graduate Faculty der New School for Social Research in New York; seit 1993 Professor für Sozial- und Wirtschaftspsychologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München; Arbeitsschwerpunkte: Sozialpsychologie, Organisationspsychologie, Wirtschaftspsychologie; Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Akademischer Leiter der Bayerischen Eliteakademie, Dekan der Fakultät für Psychologie und Pädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Dr. phil. **Eva Traut-Mattausch**, geboren 1974 in Offenbach; Ausbildung zur Bankkauffrau; Studium der Psychologie und der Betriebswirtschaft in München und Promotion in München; seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Assistentin am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftspsychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München; Arbeitsschwerpunkte: Psychologie des Geldes, Überwindung von Widerständen gegen politische Reformen und Veränderungen in Organisationen, Innovations- und Ideenmanagement sowie förderliche Faktoren für die Karriere von weiblichen Führungskräften.

PD Dr. **Tobias Greitemeyer**, geboren 1969 in Tübingen; wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftspsychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München; Arbeitsschwerpunkte: Entscheidungen in Gruppen, Informationsverarbeitungsprozesse, pro- und antisoziales Verhalten.

© 2007 ROMAN HERZOG INSTITUT e.V., München

ISSN 1863-4834 / ISBN 978-3-9811571-4-7

Herausgeber:

ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.

Max-Joseph-Straße 5

80333 München

www.romanherzoginstitut.de

Redaktion: Thilo Großer

Gestaltung und Produktion: edition agrippa, Köln · Berlin

Fotos: caro, INSM, obs, Vario Images Archiv

Die Studie ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich.

